

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Entwicklung in Ungarn: Budapest sollte die Unterstützung des Westens finden.

Seite 1

Kurt Vittinghof MdEP zu den (unzureichenden) Absichtserklärungen der EG-Kommission: Klare Vorschläge für Abgas-Normen erforderlich.

Seite 4

Dokumentation:

Hans Büchler MdB hat eine Konferenz von SPD-Mandats-trägern und tschechoslowakischen Politikern initiiert und durchgeführt, die - mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt - die Risiken der Randregionen auf beiden Seiten der Grenze thematisieren. Wir dokumentieren Büchlers Eingangsstatement.

Seite 5

44. Jahrgang / 69

11. April 1989

Ungarn 1989 - ein mutiger Versuch

Budapest sollte die Unterstützung des Westens finden

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Ungarn im Frühjahr 1989. Das heißt mutige und weitreichende Bemühungen, das politische System des Landes neu zu ordnen und entschlossene Versuche einer weiteren Öffnung des Landes nach außen, insbesondere gegenüber dem Westen, und hier insbesondere gegenüber der Bundesrepublik. Gesellschaftlicher Wandel und außenpolitischer Orientierungswandel sind „gedeckt“ durch die Glasnost- und Perestrojka-Politik von Gorbatschow. Das eine ist die Voraussetzung für das andere. Insofern gibt es hier eine positive Wechselwirkung von sowjetischen und ungarischen Entwicklungen, von Innen- und Außenpolitik.

Die Ungarn haben sich viel vorgenommen: Pluralistische Eigentumsverhältnisse, Mehrparteiensystem, Herstellung einer Öffentlichkeit in allen politischen, kulturellen und ökonomischen Fragen und ähnlichem. Diesen inneren Wandel soll die Außen- und Sicherheitspolitik Ungarns abstützen. Kurz: Die Ungarn sind mitten in einem Prozeß mit dem Ziel einer „organischen Entwicklung des ungarischen Weges“. Dabei gibt es interessante Überlegungen, Analysen und Vorschläge - jedenfalls eine für den Besucher erstaunlich breite und offene Diskussion, die keine Tabus kennt.

II.

In den Gesprächen mit Wissenschaftlern und Verantwortlichen tauchten zwei Stichworte häufig auf: Doppelte Abhängigkeitsbindung und Neutralität. Mit der doppelten Abhängigkeitsbindung ist die Mitgliedschaft Ungarns im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und im Warschauer Pakt gemeint. Der RGW ist in einer großen Krise. Das Dilemma wird so gesehen: Während die westeuropäische Integration zügig weitergeht, ist für die RGW-Region Desintegration, Polarisierung und Auseinanderentwicklung kennzeichnend. Ob der RGW reformierbar ist, wird skeptisch beurteilt. Dennoch wird darauf hingewiesen, daß Ungarn die Integration mit jenen Ländern braucht, die eine ähnliche Entwicklung gehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50,
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kemmlinger Umwelt
mit recyceltem Rohstoff
hergestellt



Ein Bündnis mit den sogenannten reformsozialistischen Ländern böte sich an, doch sind diese in einer ähnlichen Krise wie Ungarn. Eine Auflösung des RGW wird gegenwärtig ebenso wenig angestrebt wie der Austritt, obgleich es solche Forderungen gibt und möglicherweise zunehmen werden.

Bei der bündnis- und außenpolitischen Diskussion über Neutralität gibt es offenbar drei Denkschulen:

- Die eine, die die Neutralitätsfrage am Ende eines langen kooperativen Ost-West-Prozesses gestellt wissen will.
- Eine andere, die das Thema schon jetzt diskutieren will, weil man im Warschauer Pakt und im RGW einen restriktiven Faktor sieht.
- Eine dritte Richtung, die gegenwärtig dominiert, plädiert dafür, daß die „Doppelabhängigkeit“ durch Reformen in den Bündnissen neu gestaltet wird.

Es wird unterschieden zwischen innerer und äußerer Neutralität. Mit der inneren Neutralität meint man die gesellschaftspolitische Umgestaltung des Landes. Diese innere Umgestaltung ist die Voraussetzung für die äußere Neutralität.

Man geht in Ungarn davon aus, daß die innere Neutralität von der UdSSR toleriert wird, während man offenbar unsicher ist, inwieweit die äußere Neutralität von den Sowjets hingenommen wird.

Würde Ungarn in der nächsten Zeit aus dem Warschauer Pakt austreten, würde dies den Erfolg der sowjetischen Perestrojka-Politik schwer gefährden. Perspektivisch sei der angemessene Weg, daß der Ost-West-Prozeß so weit vorangetrieben wird, daß die beiden Blöcke in Europa wegfallen.

III.

Die ungarische Diskussion über das Verhältnis zur UdSSR wird von drei Gesichtspunkten getragen:

- Ohne den Reformkurs in der UdSSR und ohne das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik wäre das ungarische Experiment im Ansatz bereits gescheitert.
- Ein Scheitern der ungarischen Bemühungen in der Wirtschaft wie in der Gesellschaftspolitik hat negative Folgen auf die sowjetische Entwicklung. Ungarn und die UdSSR sind insofern aufeinander angewiesen, als sie sich gegenseitig durch Mißerfolg destabilisieren beziehungsweise durch Erfolg stabilisieren können.
- Die ungarische Ablehnung des stalinistischen Sozialismusmodells bedeute nicht, wie immer wieder versichert wird, eine Abwendung von der UdSSR. In diesem Zusammenhang wird über ein auf Ungarn anwendbares Modell diskutiert und gefragt, welche ungarische Eigenentwicklung von der UdSSR toleriert wird und welche nicht. In einer Analyse des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei wird dezidiert festgestellt: „Ungarn war niemals und wird auch niemals ein Österreich, Schweden oder Finnland werden.“ Hinzugefügt wird, daß man sich nicht auf das Studium eines einzigen Landes oder einer einzigen politischen Kraft beschränken dürfe.

IV.

Ungarn setzt auf die Intensivierung des KSZE-Prozesses, der alle Komponenten des Ost-West-Verhältnisses umfaßt und für ein Land wie Ungarn den angemessenen Rahmen für die Realisierung nationaler Interessen bietet. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Ungarn eines der KSZE-freundlichsten Länder ist und bislang mit prozeduralen wie substantiellen Beiträgen ein wichtiger KSZE-Träger gewesen ist. So kommt ein wichtiger methodischer Anstoß aus Budapest, der auf dem jüngsten KSZE-Treffen in Wien präsentiert wurde: Sollten sich einige KSZE-Teilnehmer für ein bestimmtes Projekt interessieren, dann könnten sie damit beginnen und den anderen KSZE-Teilnehmern die Mitwirkung zu einem späteren Zeitpunkt ermöglichen. Ein solcher Ansatz ist nützlich und sollte auch praktikabel sein.

Die fehlende KSZE-Fähigkeit eines Nachbarstaates, der zudem noch ein „sozialistischer Bruderstaat“ ist, hat jedoch unerträgliche Wirkungen für die Menschen wie für die staatlichen Beziehungen. Gemeint ist die Diskriminierung der ungarischen Minderheit in Rumänien. Pro Tag fliehen etwa 100 Menschen der ungarischen Minderheit nach Ungarn mit Folgen, die Ungarn nicht tragen kann. Deshalb wird vom Westen erwartet, daß auf Rumänien bilateral und multilateral (etwa im KSZE-Rahmen) eingewirkt und Ungarn unterstützt wird. Eine deutsch-ungarische diplomatische Aktion wird vorbereitet.

V.

Ungarn trägt alle Elemente einer Übergangssituation. Ein Scheitern des ungarischen Experiments hat Folgen für die Perestrojka-Politik der UdSSR wie für die Ost-West-Beziehungen. Insofern handelt es sich nicht um einen isolierten Vorgang. Ohne Übertreibung könnte man sagen, Ungarn ist die Achillesferse Gorbatschows.

Das mutige Herangehen der Ungarn sollte in einer engagierten westlichen Politik seine Entsprechung und Unterstützung finden. Die Ungarn betrachten jene als ihre Freunde, die ihren nationalen Zielen gegenüber Verständnis zeigen und sie mit Taten unterstützen. Verständnis allein reicht also nicht!

(-/11.4.1989/vo-he/rs)

* * *

Klare Vorschläge für Abgas-Normen erforderlich

Zu den (unzureichenden) Absichtserklärungen der EG-Kommission

Von Kurt Vittinghof MdEP

Berichterstatter des EP-Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und

Beate Weber MdEP

Vorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Die EG-Kommission hat Presseberichten zufolge ihre Haltung in Fragen der Neuregelung der Autoabgase geändert und schärfere Grenzwerte ab 1993 angekündigt. Die jetzt vorgeschlagenen industrie-freundlichen Abgaswerte sollen schon ab 1991 bindend sein.

Die Kommission sagt allerdings nichts darüber aus, welche Höchstwerte ab 1993 gelten sollen, so daß sich gegenüber den vorliegenden Vorlagen der Kommission und des Ministerrates absolut nichts ändert.

Der jetzt vorgeschlagene Kompromiß ist lediglich eine Absichtserklärung und bedeutet keine akzeptable Lösung.

Die Kommission ist offensichtlich nicht bereit, die Vorschläge des Europaparlamentes zu übernehmen.

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß der Ministerrat den Ankündigungen der Kommission für 1993 folgen wird und welche Grenzwerte er dann akzeptieren würde.

Das Europaparlament kann keinen Blankoscheck auf die Zukunft unterschreiben.

Deshalb lehnen wir eine Zustimmung zum Kommissionsvorschlag ab.

Wenn die Kommission wirklich mit dem Parlament gemeinsam eine für die Umwelt positive Regelung durchsetzen will, gibt es nur die Möglichkeit, ihre Vorlage zurückzuziehen und umgehend einen neuen Vorschlag vorzulegen oder die vom Parlament vorgeschlagenen Grenzwerte zu übernehmen.

Wenn die Kommission in dieser Woche die Vorschläge des Parlamentes nicht übernimmt, werden wir vorschlagen, den gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates abzulehnen, weil durch die von der Kommission vorgeschlagenen Grenzwerte die Umweltbelastungen durch Luftschadstoffe aus PKW keinesfalls gesenkt werden.

Im Gegenteil: die Luftverschmutzung würde weiterhin in unverantwortlicher Weise ansteigen.

Unsere Umwelt braucht schärfere Abgaswerte und zwar nicht nur für die Kraftfahrzeuge unter 1,4 Liter, wie der Ministerrat vorschlägt, sondern wie das Parlament beschlossen hat, für alle Hubraumklassen, um endlich im Interesse des Umweltschutzes und der Gesundheit der Bürger die Luftschadstoffe drastisch zu vermindern.

Die neuen Vorschläge der Kommission liegen auch nicht im Interesse der Automobilindustrie und der großen Zahl der Arbeitsplätze, da die Industrie klare Vorgaben für Grenzwerte und Einsatzdaten braucht, um sich mit der Produktion und der Technik rechtzeitig an die Ziele des Umweltschutzes anzupassen.

Dies ist mit einer Absichtserklärung ohne Grenzwertangabe und ohne verbindliche Festlegung nicht möglich.

(-/11.4.1989/vo-he/rs)

DOKUMENTATION
=====

Hans Büchler: Frei im Austausch werden

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler, dessen Wahlkreis Hof im Grenzbereich zur CSSR und DDR liegt, hat eine Konferenz von sozialdemokratischen Mandatsträgern und tschechoslowakischen Politikern initiiert und durchgeführt, die - mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt - die Risiken der Randregionen auf beiden Seiten der Grenze thematisierte. Wir dokumentieren Büchlers Eingangsstatement.

Ich darf Sie recht herzlich hier im Schloß Erkersreuth im oberfränkischen Selb zu einer parlamentarischen Konferenz begrüßen, von der wir hoffen, daß sie der Freundschaft unter den Teilnehmern und der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern dient.

Unser Ziel ist es, die verschiedenen Gesellschaften, in denen wir leben, konvertibel in dem Sinne zu machen, daß ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen, aber auch kulturellen Ausdrucksformen in naher Zukunft wirklich miteinander in Berührung kommen. Konvertibel, das heißt frei austauschbar sein und gilt nicht nur für Währungen. Freier Austausch in den Wissenschaften ist gemeint und bei tausenden von Begegnungen zwischen Menschen beider Staaten. Gemeinsame Projekte der Wirtschaft sind gemeint, ebenso wie die Zusammenarbeit der künstlerischen Avantgarde beider Kulturen.

Wir leben räumlich so nahe beieinander - und leben doch weitgehend aneinander vorbei. Wir sollten dies ändern.

Wenn wir also versuchen wollen, auf dem Weg einer systemöffnenden Zusammenarbeit mit Ihnen einen Beitrag zur Existenz eines wirtschaftlichen Scharniers zwischen zwei benachbarten Regionen zu leisten und einer kulturellen Klammer zweier unterschiedlicher Mentalitäten, dann tun wir dies auch im Hinblick auf unsere gemeinsamen Traditionen. Es ist keine Herabsetzung der Saarländer, wenn ich sage: Menschen und Landschaft um Cheb sind uns nun einmal in vieler Hinsicht näher als das Saarland und die Saarländer.

Das sollte dann natürlich auch in der Praxis spürbar sein. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen ist das Wiener Folgetreffen der KSZE am 19. Januar 1989 mit einem wichtigen Erfolg abgeschlossen worden, der uns helfen könnte. Der Deutsche Bundestag hat dies vor ein paar Wochen in einer ohne Gegenstimmen angenommenen EntschlieÙung ausdrücklich begrüÙt.

In der Debatte habe ich darauf hingewiesen, daß es gelte, alle KSZE-Verpflichtungen ernst zu nehmen. Ich meinte damit, daß man die KSZE-Texte nicht nur als ein Instrument der Auseinandersetzung mit den Staaten des Warschauer Vertrages ansehen soll. Manche Leute bei uns - bei Ihnen wird es ähnlich sein - denken zunächst an Forderungen, die man gegenüber anderen KSZE-Staaten erheben kann. Das verhärtet unnötigerweise manches Gespräch.

Zu leicht ist man versucht, die eigenen Verpflichtungen zu übersehen. Das aber dient den vertrauensbildenden Maßnahmen natürlich nicht.

Bei uns wird zum Beispiel gegenwärtig viel vom Recht auf Ausreise gesprochen. Gleichzeitig erheben manche aber schon die Forderung, daß die aus Ost-Europa kommenden Aussiedler nicht mehr frei in der Wahl ihres Wohnsitzes sein sollen. Ist dies nicht auch ein Verstoß gegen Helsinki? Dort heißt es im ersten Absatz der Ziffer 20, daß die Teilnehmerstaaten das Recht eines jeden „auf Freizügigkeit und freie Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates... uneingeschränkt achten“ werden.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel: Unser Bundesinnenminister tut sich noch nach 13 Jahren KSZE-Prozeß außerordentlich schwer, die Erteilung von Visa für Bürger aus den Staaten des Warschauer Vertrages zu beschleunigen und damit der Gegenseitigkeit zu entsprechen. Ich weiß, wie gerade die tschechoslowakische Seite sich darüber zu recht ärgert.

In den KSZE-Dokumenten gibt es nicht nur den Korb III, sondern auch die Körbe I und II über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. In Wien haben wir uns erneut versprochen, alle Prinzipien der Schlußakte zu achten und in die Praxis umzusetzen. Die Prinzipien sollen „gleichermaßen und vorbehaltlos angewendet“ werden.

Wenn wir dies tun, dann werden wir auch dem entgehen können, was ich die Randlagengefahr unserer Regionen nennen möchte. Wenn nämlich der EG-Markt 1992 Realität wird, müssen wir sehr aufpassen, daß wir nicht in eine wirtschaftliche Randlage manövriert werden.

Da die Regelungskompetenz der Europäischen Gemeinschaft in ein paar Jahren in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei Fragen des Umweltschutzes und der Forschungs- und Technologiepolitik weiter zunehmen wird, könnte die politische Kraft der EG-Staaten möglicherweise ein so massives Gravitationszentrum bilden, daß aus dem „Eisernen Vorhang“ früherer Jahrzehnte ein „wirtschaftlicher“ und „technologischer Vorhang“ zwischen Ost und West im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts entsteht. Dem gilt es vorzubeugen und darüber sollten wir in aller Offenheit und für jeden nachvollziehbar reden.

Sinn der Konferenz wird es also sein, die Kraft Europas aus der Mitte heraus zu mobilisieren. Dazu gehört ganz entschieden eine produktive Zusammenarbeit zwischen den Tschechoslowaken und den Deutschen.

Es gibt eine Dynamik und kulturell-geistige Inspiration bei Ihnen, die wir bewundern und bei Ihnen in vorbildlicher Form spüren. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und wünschen Ihnen anregende zwei Tage hier bei uns.

{-/11.4.1989/vo-he/rs)